

# Kritik am Sparpaket

Finanzexperte Lothar Binding bei Lorcher SPD

Die Lorcher SPD hatte den Finanzexperten der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Binding, zum Thema „Die Finanzkrise – Was die Politik jetzt tun muss“ eingeladen. Die Besucher erlebten ein mit viel Esprit vorgetragenes Feuerwerk an verständlichen Informationen über einen Bereich, dessen Hintergründe für den Normalbürger sonst schwer fassbar sind.

Lorch. Seine Antworten bettete er in eine Erklärung der Funktionsweisen der internationalen Finanzmärkte ein. Bindings wichtigstes Fazit: Die Regulierung der Märkte zum Schutz der Sparer, der Kreditnehmer und der Steuerzahler ist möglich, wenn sich die Instrumente gezielt auf das Verhalten der Finanzmarktteilnehmer auswirken. Dazu habe die SPD-Bundestagsfraktion ein Paket von Maßnahmen entwickelt und vorgeschlagen, das nach den erfolgreichen Sofortmaßnahmen in der Krisensituation unter Finanzminister Peer Steinbrück nun den langfristigen Schutz vor den jetzt bekannten Risiken zum Ziel habe. Haften sollen die handelnden Personen wie Vorstände und Aufsichtsräte, die riskante Geschäfte tätigen und genehmigen. Ebenso wie die handelnden Finanzfirmen, in dem sie einen höheren Betrag zur Risikovorsorge in den eigenen Bilanzen behalten müssen für Geschäfte, die sie eingegangen sind. Binding sieht die Krise als Beweis für das Scheitern des neoliberalen Wirtschaftsmodells. „Wir erleben jetzt die hässliche Seite des Turbokapitalismus, eine freizügige Form der Marktwirtschaft, nach angelsächsischem Vorbild.“ Die Kanzlerin habe die Krise bisher als eine harmlose wirtschaftliche Grippe missverstanden und meine, es könne nach den erfolgreichen staatlichen Rettungsmaßnahmen so weiter gehen wie zuvor. „Weit gefehlt“, so Binding – es seien unabdingbar bestimmte Geschäfte zum Schutz von Sparern, Handwerkern und Familienunternehmen zu regulieren. Scheingeschäfte, Leerverkäufe oder Geschäfte die ausschließlich auf die Zahlung von Gebühren oder Boni hinauslaufen, aber sonst keinen Nutzen haben, müssten künftig eingedämmt werden. Das wäre unsere große Chance, zu einer besser regulierten sozialen Marktwirtschaft zu kommen, sagte Binding weiter. Leider werde im Moment diese Chance verpasst.

Als Konsequenz aus der Krise fordert Binding ein internationales Verbot rein spekulativer Leerverkäufe und Standards für eine stärkere persönliche Haftung verantwortlicher Finanzakteure. Der IWF könne die Kontrollinstanz für die Einhaltung weltweiter Finanzmarktstandards werden. Zuletzt sei eine Finanztransaktionssteuer erforderlich. In der Diskussion kam immer wieder die Frage, wer denn die Folgen der Krise bezahle und welche Rolle in diesem Zusammenhang das aktuelle Sparpaket der Bundesregierung habe. Lothar Binding erläuterte, dass schon das Wort „Sparpaket“ eine Wählertäuschung sei. Im Kern gehe es beim jetzigen Maßnahmenpaket darum, dass sich der Bundeshaushalt auf Kosten der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung und der Krankenversicherung sowie der Kommunen entlaste. Wenn „Sparen“ im Bundeshaushalt bedeute, dass die Bevölkerung künftig mehr Abgaben zu bezahlen habe, sei das auch „eine interessante Erkenntnis“ über die

**gegenwärtige Regierung. Für den Normalbürger laufe deren Politik auf weniger Netto vom Brutto hinaus.**

© Gmünder Tagespost 27.07.2010